

Griechenland nach der Wahl – Keine Gefahr, sondern eine Chance für Europa

Der politische Erdbeben in Griechenland ist eine Chance nicht nur für dieses krisengeschüttelte Land, sondern auch dafür, die Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU grundsätzlich zu überdenken und zu korrigieren.

Wir unterstreichen erneut die von Seiten der Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren vielfach geäußerte Kritik: Die entscheidenden Bedingungen, unter denen die finanziellen Hilfen für Griechenland gewährt werden, hatten von Anfang an nicht die Bezeichnung »Reform« verdient. Die Milliarden, die nach Griechenland geflossen sind, wurden vor allem für die Stabilisierung des Finanzsektors verwendet. Gleichzeitig wurde das Land mit einer brutalen Kürzungspolitik in die tiefste Rezession und damit zugleich in die höchste Staatsverschuldung der gesamten EU getrieben. Die Folge ist eine soziale und humanitäre Krise ohne Beispiel in Europa: Ein Drittel der Bevölkerung lebt in Armut, soziale Absicherungen wurden massiv geschwächt, der Mindestlohn um 22% gesenkt, das Tarifvertragssystem und andere Schutzrechte für noch Beschäftigte demontiert, und ausgerechnet die unteren Einkommensgruppen wurden zusätzlich steuerlich belastet. Die Arbeitslosigkeit liegt jetzt bei 27%, unter Jugendlichen sogar bei über 50%. Vielen Menschen fehlen ausreichende Mittel für Nahrung, Strom, Heizung und Wohnung. Ein großer Teil der Bevölkerung hat keine Krankenversicherung mehr und bekommt nur noch in Notfällen Zugang zu ärztlicher Versorgung. Das Wahlergebnis ist ein vernichtendes Urteil über diese verfehlte Politik.

Mit Reformen, die an den tatsächlichen Problemen Griechenlands ansetzen, hatte all dies nichts zu tun. Keines der strukturellen Probleme des Landes wurde gelöst, es wurden aber zusätzliche geschaffen. Es war eine Politik des Abbaus, nicht des Aufbaus. Wirkliche Strukturreformen, die diesen Namen verdienen, bahnen Wege zu neuen wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten des Landes, anstatt eine hochqualifizierte junge Generation ins Ausland zu vertreiben. Wirkliche Strukturreformen machen ernst mit der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerflucht. Wirkliche Strukturreformen bekämpfen Klientelpolitik und Korruption bei öffentlichen Aufträgen. Die neue griechische Regierung ist herausgefordert, ihre eigenen Wiederaufbau- und Entwicklungsprojekte vorzulegen, die Teil eines »Europäischen Investitionsplanes« werden müssen, wie er seit langem von den Gewerkschaften gefordert wird, und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass derartige Projekte Früchte tragen können.

Mit der neuen griechischen Regierung muss ernsthaft und ohne Erpressungsversuche verhandelt werden, um dem Land eine wirtschaftliche und soziale Perspektive jenseits der gescheiterten Austeritätspolitik zu eröffnen. Dies gilt insbesondere für die mit der bisherigen, jetzt abgewählten Regierung vereinbarten zerstörerischen Auflagen, unter denen die internationalen Kredite bislang gewährt wurden. Europa darf nicht auf der Fortsetzung einer Politik zu Lasten der Bevölkerung beharren, die von der Mehrheit der Wählerinnen und Wähler unmissverständlich abgelehnt wird. Ein »Weiter so« darf es nicht geben!

Die Abwahl der für die bisherige Politik in Griechenland Verantwortlichen ist eine demokratische Entscheidung, die auf europäischer Ebene respektiert werden muss. Die neue Regierung braucht eine faire Chance. Wer jetzt die Fortsetzung des bisherigen, so genannten Reformkurses verlangt, spricht faktisch der griechischen Bevölkerung das Recht auf eine demokratisch legitimierte Neuorientierung der Politik in ihrem Land ab. Und wenn hinzugefügt wird, eine solche Neuorientierung sei allenfalls möglich, wenn Griechenland aus der Europäischen Währungsunion ausscheide, werden die europäischen Institutionen für unvereinbar mit demokratischen Entscheidungen in den Mitgliedsländern erklärt. So erhalten die erstarkenden nationalistischen Strömungen in Europa zusätzlichen Rückenwind.

Die vielfach beklagten, doch immer noch nicht überwundenen demokratischen Legitimationsdefizite auf europäischer Ebene dürfen nicht zusätzlich durch die Einschränkung der Demokratie in den Mitgliedsländern zementiert werden. Vielmehr muss, wie viele von uns 2012 in dem Aufruf »Europa neu begründen« hervorgehoben haben, die Demokratie auf EU-Ebene gestärkt werden, wenn dem europäischen Projekt neue Glaubwürdigkeit gegeben werden soll. Das europäische Projekt wird nicht durch Spardiktate gestärkt, sondern nur durch die demokratische Initiative von unten für wirtschaftlichen Wiederaufbau und mehr soziale Gerechtigkeit.

Diese Initiative muss jetzt im Interesse der Menschen in Griechenland unterstützt werden. Sie gibt zugleich neue Anstöße für einen politischen Kurswechsel in Europa. Der politische Umbruch in Griechenland muss zu einer Chance für ein demokratisches und soziales Europa gemacht werden!

Erstunterzeichnende

Reiner Hoffmann, DGB • Frank Bsirske, ver.di • Robert Feiger, IG BAU • Alexander Kirchner, EVG • Michaela Rosenberger, NGG • Marlis Tepe, GEW • Michael Vassiliadis, IG BCE • Detlef Wetzels, IG Metall

Gewerkschaftsvorsitzende anderer Länder

Vania Alleva, Co-Präsidentin Unia, Schweiz
Erich Foglar, Vorsitzender des österreichischen Gewerkschaftsbundes ÖGB
Wolfgang Katzian, GPA-djp (Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus und Papier), Österreich
Joan Carles Gallego, CCOO de Catalunya
Jyrki Raina, Generalsekretär von industriAll Global
Ulrich Eckelmann, Generalsekretär industriAll European Trade Union
Paul Rechsteiner, Vorsitzender des Schweizer Gewerkschaftsbundes SGB
Jérôme Vérité, Generalsekretär Fédération des Transports in der CGT, Frankreich

Weitere Erstunterzeichnende

Prof. Elmar Altvater, Sozialwissenschaftler
Prof. Brigitte Aulenbacher, Sozialwissenschaftlerin
Klaus Barthel, MdB, SPD, AFA-Vorsitzender
Christiane Benner, IG Metall
Prof. Hans-Jürgen Bieling, Sozialwissenschaftler
Dr. Reinhard Bispinck, Sozialwissenschaftler
Prof. Gerhard Bosch, Sozialwissenschaftler
Prof. Ulrich Brand, Sozialwissenschaftler
Prof. Christine Brückner, Erziehungswissenschaftlerin
Dr. Udo Bullmann, MdEP, SPD
Annelie Buntenbach, DGB
Prof. Dr. Frank Deppe, Sozialwissenschaftler
Prof. Klaus Dörre, Sozialwissenschaftler
Prof. Trevor Evans, Wirtschaftswissenschaftler
Jens Geier, MdEP, SPD
Thomas Händel, MdEP, Die Linke
Elke Hannack, DGB

Prof. Arne Heise, Wirtschaftswissenschaftler
Prof. Rudolf Hickel, Wirtschaftswissenschaftler
Olivier Höbel, IG Metall
Jörg Hofmann, IG Metall
Institut Solidarische Moderne, Vorstand
Dr. Andreas Keller, GEW
Jürgen Kerner, IG Metall
Cansel Kiziltepe, MdB, SPD
Stefan Körzell, DGB
Dr. Steffen Lehndorff, Sozialwissenschaftler
Wolfgang Lemb, IG Metall
Prof. Birgit Mahnkopf, Sozialwissenschaftlerin
Lisa Paus, MdB, Bündnis 90/Die Grünen
Prof. Thomas Sauer, Wirtschaftswissenschaftler
Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL Hessen, SPD, stv. Vorsitzender
Dr. Wolfgang Schäfer-Klug, Gesamtbetriebsrats-Vorsitzender
Armin Schild, IG Metall, Mitglied des SPD-Parteivorstands
Prof. Mechthild Schrooten, Wirtschaftswissenschaftlerin
Dr. Thorsten Schulten, Sozialwissenschaftler
Irene Schulz, IG Metall
Prof. Michael Schumann, Sozialwissenschaftler
Dr. Ralf Stegner, SPD, stellv. Vorsitzender, MdL in Schleswig-Holstein
Jutta Steinruck, MdEP, SPD
Prof. Olaf Struck, Sozialwissenschaftler
Dr. Axel Troost, MdB, Die Linke
Dr. Hans Jürgen Urban, IG Metall
Prof. Frieder Otto Wolf, Philosoph
Prof. Karl Georg Zinn, Wirtschaftswissenschaftler
Roman Zitzelsberger, IG Metall

Erklärung unterzeichnen unter www.europa-neu-begrunden.de

Verantwortlich: Initiative »Europa neu begründen«

Dr. Steffen Lehndorff
info@europa-neu-begrunden.de

Dr. Hans-Jürgen Urban, Vorstand der IG Metall
Wilhelm-Leuschner-Str. 79 | 60329 Frankfurt
Tel: 069 / 66 93 0
info@hans-juergen-urban.de